



Fallstudie - Einsatz für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Zypern

Entwickelt von Eurosuccess Consulting (EUROSC),
September, 2025

PROJECT NUMBER: 2024-1-FR01-KA220-VET-000244092



**Co-funded by
the European Union**

Fallstudie

Name/Titel der Fallstudie:	Einsatz für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Zypern
Standort:	Zypern
Größe und Umfang der Organisation:	Medium
Branche/Sektor:	Gemeinnützig (Behindertenrechte / Menschenrechte / Zivilgesellschaft)
Kontaktinformationen (für Rückfragen, falls vorhanden):	
Weitere Details:	CCOD ist ein nationaler Dachverband, der 1984 gegründet wurde und als offizieller Sozialpartner für Behindertenfragen in Zypern fungiert. Er vereint repräsentative Behindertenorganisationen und spielt eine führende Rolle in den Bereichen Interessenvertretung, Gesetzesreformen, Überwachung der Barrierefreiheit und Unterstützungsdienste.
Informationsquellen/Referenzen:	Offizielle Website von CCOD (KYSOA) https://www.kysoa.org.cy/el/home

Falldaten/Inhalte

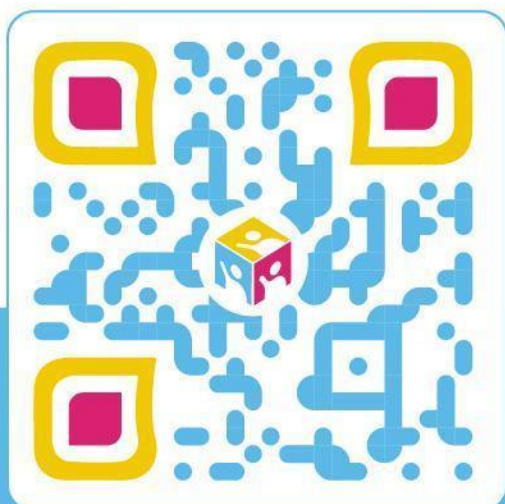
Zentrale Beobachtung / erkennbarer Schwerpunkt:	Diskriminierung aufgrund von Behinderung
Beschreibung und Einzelheiten der Fallstudie	Trotz der Ratifizierung internationaler und europäischer Abkommen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen durch Zypern sind diese im Land weiterhin struktureller Diskriminierung ausgesetzt. Dazu gehören die weit verbreitete Unzugänglichkeit öffentlicher Räume und Dienstleistungen, die Unterrepräsentation in Entscheidungsprozessen, begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten und ein tief verwurzeltes gesellschaftliches Stigma. Bestehende Gesetze werden nicht konsequent umgesetzt, und systemische Barrieren behindern die volle Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben.
Warum dieser Fall wichtig ist:	Dieser Fall veranschaulicht einen nachhaltigen und strukturierten Ansatz zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Behinderung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Die vielseitige Arbeit des CCOD dient als Paradebeispiel dafür, wie die Zivilgesellschaft inklusive Gesetze vorantreiben, gesellschaftliche Einstellungen verändern und sicherstellen kann, dass die Stimmen von Menschen mit Behinderungen gehört und respektiert werden. Der Fall zeigt zudem die erfolgreiche Übereinstimmung mit den Agenden der EU und der UN für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ist somit relevant und auf andere Kontexte übertragbar.
Aktionsplan – Methoden und Strategien zur Bekämpfung der Bias	- Politische Interessenvertretung: Lobbyarbeit für neue Gesetze und Gesetzesänderungen, wie beispielsweise das Gesetz über die Konsultation des CCOD in Fragen der Behinderung (Nr. 143(I)/2006). - Sozialer Dialog: Teilnahme an Entscheidungsgremien als offizieller Sozialpartner in Fragen der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. - Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen: Förderung des Verständnisses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch Medien, Veranstaltungen und die Einbindung von Interessengruppen. - Unterstützungsdienste: Durchführung von Initiativen wie dem Pilotprogramm zur Unterstützung der Entscheidungsfindung für Menschen mit intellektuellen und psychosozialen Beeinträchtigungen.

	- Beschäftigungsanreize: Koordinierung von Anreizen für Arbeitgebende zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen und Bekämpfung von Vorurteilen hinsichtlich der Arbeitsproduktivität. - Strategische Allianzen: Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Behindertenforum, um eine Vertretung auf EU-Ebene sicherzustellen.
Messbare Ergebnisse und Auswirkungen:	- Einführung und Durchsetzung einer wegweisenden nationalen Gesetzgebung, die die Konsultation des CCOD bei Entscheidungen im Zusammenhang mit Behinderungen vorschreibt. - Verbesserte physische Zugänglichkeit in öffentlichen Räumen und Verkehrssystemen. - Gesteigertes öffentliches Bewusstsein und positive Medienberichterstattung über Themen der Behinderung. - Zunahme der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Diskurs und an zivilgesellschaftlichen Aufgaben. - Bessere Beschäftigungsintegration durch Anreizsysteme und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau. - Verbesserte Überwachungsmechanismen für die Einhaltung von Rechten und die soziale Verantwortung.
Wichtigste Erkenntnisse:	- Für eine sinnvolle Inklusion ist ein Systemwandel erforderlich, nicht nur die rechtliche Anerkennung. - Die Befähigung von Menschen mit Behinderungen, die Interessenvertretung selbst zu leiten, gewährleistet Relevanz, Legitimität und Nachhaltigkeit. - Durch ein kontinuierliches Engagement mit staatlichen Institutionen, gestützt auf rechtliche Bestimmungen, können sich politische Prioritäten verschieben. - Die Kombination von auf Rechten basierender Interessenvertretung mit der Bereitstellung von Dienstleistungen kann sowohl strukturelle Veränderungen als auch unmittelbare Unterstützung für Einzelpersonen bewirken. - Sektorübergreifende Zusammenarbeit und Allianzen auf EU-Ebene verstärken die lokale Wirkung und Sichtbarkeit.
Sonstige Informationen/Anmerkungen:	CCOD arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Strategie zur Bekämpfung intersektionaler Diskriminierung (z. B. aufgrund von Geschlecht, Alter oder Art der Behinderung). Die Organisation verfolgt einen klaren, auf Rechten basierenden Ansatz und vermeidet es, die Problematik von Behinderung mit Wohltätigkeit oder Freiwilligenarbeit zu verknüpfen. Sie setzt sich für die vollständige gesellschaftliche Integration ein und bekräftigt damit den Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“.



FITFORTHE
FUTURE

Scan for more



fit4thefuture.eu



Co-funded by
the European Union



Funded by the European Union. The views and opinions expressed are those of the author(s) and do not necessarily reflect those of the European Union or of Agence Erasmus+ France / Education Formation. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for this.